



Dr. Dieter Haack

Übergreifendes Bündnis zur Wohneigentumsförderung

Die Diskussionen über die Konsolidierung der Öffentlichen Haushalte macht vor der Wohneigentumsförderung nicht Halt. Das mittelfristige Ziel der Haushaltskonsolidierung, verbunden mit der Selbstverpflichtung zum Abbau des gesamtstaatlichen Defizits, lässt den Versuch seitens der Politik erwarten, durch eine Änderung des Eigenheimzulagengesetzes die staatlichen Aufwendungen für die Wohneigentumsförderung zu reduzieren. Diese Entwicklungen haben auf Anregung des vhw e.V. 19 Verbände der Bau-, Immobilien- und Wohnungswirtschaft, der Baufinanzierer, der Familien und der zuständigen Industriegewerkschaft zur Bildung der „Initiative Wohneigentum“ veranlasst. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz am 18. April 2002 haben die Verbände und Organisationen ihr Anliegen der Öffentlichkeit vorgestellt.

Ziel der Initiative ist es, einer Verschlechterung der Rahmenbedingungen für die Bildung von Wohneigentum frühzeitig und entschlossen entgegen zu treten. Die Eigenheimzulage bildet nach Ansicht der Initiative den unverzichtbaren Eckpfeiler der Wohneigentumsförderung. Von einem ungeschmälernten Fortbestehen der Eigenheimzulage hängt es ab, ob die vielen Wohneigentumsinteressenten ihre Wohnbedürfnisse im Vertrauen auf staatliche Hilfe erfolgreich befriedigen können.

Mit dem auf der Pressekonferenz vorgelegten Argumentarium, das in dieser Ausgabe abgedruckt ist, werden Bedeutung, Nutzen und Wirkungen der Eigenheimzulage in wichtigen Bereichen zusammenfassend vorgestellt. Hierbei wird die Vielfalt der positiven Wirkungen der geltenden Wohneigentumsförderung auf die verschiedenen Politikbereiche deutlich. Eine Reduzierung des Fördervolumens würde aber nicht nur negative Folgen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, auf die Vermögensbildung und Alterssicherung und auf die Situation der Familien haben. Das Argumentarium zeigt auch auf, dass mit einer Kürzung der Eigenheimzulage das angestrebte Konsolidierungsziel nicht nur verfehlt, sondern in weitere Ferne rücken wird. Daher liegt es im wohlverstandenen Interesse von Staat und Gesellschaft, von allen Plänen zur Beeinträchtigung der Wohneigentumsförderung Abstand zu nehmen. Die „Initiative Wohneigentum“ wird in diesem Sinne aktiv in den notwendigen Dialog mit allen Beteiligten aus Politik und Fachöffentlichkeit eintreten.



Dr. Dieter Haack
Bundesminister a.D.
Vorstandsvorsitzender des vhw e.V.